

Schleswig-Holsteinischer Landtag Umdruck 20/2075

Kiel, den 17.09.2023

Der VBE dankt für die Aufforderung zur Stellungnahme der Landtagsdrucksachen „**Politische und wirtschaftliche Bildung in den Schulen stärken**“ (FDP – 20/978) und „**Stärkung der politischen und ökonomischen Bildung fortsetzen**“ (CDU und Bündnis 90/Die Grünen – 20/830).

Das Erlernen demokratischer Elemente ohne Zeit und Personal kaum möglich

Politische Bildung und das Erleben von demokratischen Elementen wird im Setting Schule hauptsächlich durch Lehrkräfte, Sozialpädagogen und Schulassistenzen angeregt oder im Unterricht berücksichtigt. Das Etablieren entsprechender Elemente im Schulalltag (Klassenrat, Schülerparlament, ...) gibt den SchülerInnen unmittelbares Mitspracherecht und lässt diese alle dazugehörigen Fähigkeiten kennenlernen und erproben. In den verschiedensten Fächern planen Lehrkräfte konkret Unterrichtsinhalte ein, um politisches und ökonomisches Wissen zu vermitteln.

Dieses Wissen wird, in Hinblick auf die aktuellen politischen und ökonomischen Entwicklungen im Inland und Ausland, immer wichtiger. Daher begrüßt der VBE ausdrücklich, dass die wirtschaftliche und politische Bildung in Schulen gestärkt wird. Hierbei muss nicht jedes Thema ein einzelnes Fach ergeben. Viel würde erreicht durch zwei entscheidende Maßnahmen:

- ✓ Das Ausbauen und Stärken bereits vorhandener Elemente zum Erleben von Mitbestimmung.
- ✓ Die vielfältigen Verknüpfungen mit dem Themen Politik/Ökonomie in den einzelnen Fächern explizit herauszuarbeiten und zu thematisieren – dies ist mit entsprechender Berücksichtigung des Alters der Schülerinnen und Schüler bereits von der Grundschule an möglich

Da die Jugendlichen auf kommunaler Ebene schon ab 16 wählen dürfen, ist es wichtig, dem Fach Wi/Po mehr Gewicht zu geben, indem es ab Klasse 5 erteilt wird, und die Kontingentstundentafel an dieser Stelle auszuweiten. Es ist von besonderem gesellschaftlichen Interesse die Jugendlichen rechtzeitig ins Boot zu holen, wenn wir wollen, dass sie Wahlvorgänge verstehen und selbst als wichtig empfinden.

Allerdings sind alle oben genannten Inhalte nur umsetzbar mit einer ausreichenden Anzahl an Personal im System Schule, die oben Genanntes vermitteln und erlebbar machen.

Und:

Diese Personen benötigen Zeit - demokratische Strukturen lassen sich nicht im Vorbeigehen erklären und erleben, auch dies gilt es zu berücksichtigen, soll die politische und ökonomische Bildung mehr in den Fokus genommen werden.

Der VBE stimmt daher der Forderung nach mehr ökonomischer und politischer Bildung zu, verweist aber deutlich darauf, dass dies nur leistbar ist, wenn Lehrkräfte, Sozialpädagogen und alle anderen daran mitwirkenden Personen in ausreichender Anzahl in den Schulen vorhanden sind und Zeit dafür erhalten!

Dem Antrag der FDP, die Landesregierung aufzufordern „ab sofort verstärkt darauf hinzuwirken, dass an allen Schulen, an denen wahlberechtigte Schülerinnen und Schüler unterrichtet werden, zur Vorbereitung auf Kommunal-, Landtags-, Bundestags- und Europawahlen jeweils geeignete Veranstaltungen mit Kandidatinnen und Kandidaten bzw. Vertreterinnen und Vertretern der aussichtsreich zur Wahl antretenden Parteien stattfinden“ zu lassen, kann der VBE nicht zustimmen:

- a) lässt der infrage kommende Erlass dies mit viel Fingerspitzengefühl zu und
- b) sollte von einer verstärkten Einflussnahme („verstärkt darauf hinzuwirken“) abgesehen werden. Es liegt bei der Eigenverantwortung der Schulen in guten Händen.

gez. Martina Heitmann, stellv. Landesvorsitzende des VBE